

Warum noch lesen lernen?

Zu: „Feler sind erlaubt“, FR-Panorama vom 25. Januar

Sehr geehrter Herr Kretschmann, es ist ja wirklich eine geniale Idee, den abgenutzten Slogan „Wir können alles. Außer Hochdeutsch“ endlich zu ersetzen. Jetzt heißt es also: „Wir können alles. Außer Rechtschreibung.“ Zum Glück gibt es ja jetzt „kluge Geräte“, die Grammatik und Fehler korrigieren. Aber wäre es dann nicht konsequent, auch noch andere Kulturtechniken abzuschaffen, wie z.B. das Erlernen des Lesens? Wie Sie als moderner Mensch ja wissen, können die „klugen Geräte“ durch die installierte „Sprachassistentin“ Texte vorlesen oder gesprochene Texte wieder in geschriebene Texte verwandeln. Das Verstehen längerer und komplexer Texte ist in Zeiten von Whatsapp und Twitter natürlich völlig überflüssig. Und dank Google sollten wir die SchülerInnen auch nicht länger mit naturwissenschaftlichem Unterricht ärgern, da ja alle Antworten auf den Tablets zu finden sind. Kluge Übersetzungssapps ersetzen den fremdsprachlichen Unterricht. Konsequenz zu Ende gedacht, braucht es dank „künstlicher Intelligenz“ überhaupt keine längere Schulbildung mehr, eine kurze Einweisung in die sich selbst erklärenden Programme dürfte ausreichen. Das ist dann die wirklich moderne Bildungspolitik der Grünen! So wird das „Ländle“ in Zukunft viel Geld für überflüssige Lehrkräfte und Bildungseinrichtungen sparen, was für die flächendeckende Digitalisierung und Überwachung zur Verfügung steht.

Übrigens Herr Kretschmann, „Feler sind ausdrücklich erlaubt“, und eine wirklich menschenfreundliche und moderne Pädagogik hat nichts mit Ihrer Vorstellung von „Pauken“ von Rechtschreibung zu tun.

Hermann Roth, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/feler

Die ewige Umverteilung

Erwiderung auf „Die Demontage des Sozialstaats“, Leserforum vom 23.1.

Man traut seinen Augen und Ohren nicht. Die Sozialausgaben sind seit Jahrzehnten nur gestiegen. Die Rentenzahlungen werden mittlerweile mit 100 Milliarden aus der Steuereinnahme subventioniert. Unser kleptomatischer Staat schafft es trotz Rekord-Steuereinnahmen nicht, Steuern zu senken und den Soli abzuschaffen. Mittlere Einkommensbezieher werden mittlerweile vom Spitzensteuersatz gepackt, der neuerdings beim dreifachen Durchschnittseinkommen greift; früher war es das zwanzigfache. Dass merken die normalen Steuerzahler und machen statt bei der ewig umverteilenden SPD bei anderen Parteien ihr Kreuzchen. Volker Westerborg, Frankfurt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Stephan Hebel spricht zum Thema „Lügt die Presse? – Wie Nachrichten entstehen“. Eintritt zehn, Studierende fünf Euro, Schülerinnen und Schüler frei. **13. Februar, 19:30 Uhr**
Ludwigskapelle, Kommerzienrat-Wagner-Straße 1B Wachenheim an der Weinstraße.

Jens Joachim moderiert ein Gespräch zum Thema „Kulturelles Erbe und Zukunft. Die Rolle der Museen heute“ mit Martin Faass, Direktor des Hessischen Landesmuseums Darmstadt. Eine Veranstaltung der Evangelischen Stadtakademie Darmstadt. **Dienstag, 18. Februar, 18:30 Uhr**
Offenes Haus, Rheinstraße 31, Darmstadt

Bascha Mika und **Nadja Erb** stellen ihr Buch „Mut für einen Feminismus, der Allen gut tut“ vor. **Donnerstag, 20. Februar, 18 Uhr**
Literaturhaus, Kasinostraße 3, Darmstadt

Bascha Mika moderiert ein Gespräch zum Thema „Die Frage nach dem richtigen Leben und das Wissen von den wichtigen Dingen“ mit Prof. Norbert Bolz. Eine Veranstaltung der Evangelischen Stadtakademie Darmstadt. **Dienstag, 3. März, 18:30 Uhr**
Offenes Haus, Rheinstraße 31, Darmstadt

Zuhören ist die Voraussetzung für Heilung

Auschwitz-Gedenken: „Ein Trauerspiel“, FR-Meinung vom 28. Januar

Die Erinnerungskultur in Deutschland bröckelt

Die Kritik von Ulrich Krökel am Auschwitz-Gedenken der Politik führt noch nicht weit genug. Denn die eigentliche Achillesferse besteht nicht nur in der zunehmenden Instrumentalisierung von Geschichte im Ausland, sondern ebenfalls darin, dass gerade in einem Land wie Deutschland mittlerweile sehr deutlich die Erinnerungskultur bröckelt.

Als Beispiel sei nur Hamburg genannt, wo am Ort des früheren Gestapo-Hauptquartiers unter dem Namen „Stadthöfe“, wo immerhin die Deportation von Juden aus ganz Norddeutschland organisiert wurde, anstatt einer würdigen Gedenkstätte lieber ein schnöder Shoppingtempel entstehen soll oder die Überreste des Tempels des liberalen Judentums in der Neustadt lieber dem schleichenden Verfall preisgegeben werden, anstatt der betroffenen Gemeinde wieder eine echte Begegnungsstätte zu geben. Deshalb bleiben gerade hier leider am Ende erhebliche Zweifel, wenn etwa Frank-Walter Steinmeier betont, dass historische Verantwortung nie vergeht, da sich ein gelebtes Geschichtsbewusstsein vor allem in Taten widerspiegelt!

Rasmus Ph. Helt, Hamburg

Viele Täter in Ämtern und Unternehmen

Die Ermordung der Juden und anderer „minderwertiger“ Menschen ist die eine furchtbare Seite. Die andere Seite steht nicht so stark im öffentlichen Interesse, und das sind die Menschen, die in Ämtern und Unternehmen in penibelster Art dafür gesorgt haben, dass diese Massenmordungen überhaupt funktionieren konnten. Wer die Aktenvermerke, die amtlichen „Gestellungsmittelungen“ an Juden zwecks ihrer Vernichtung, die Lagerberichte und Statistiken oder die Urteilsbegründungen in sogenannten Blutschandurteilen oder in Mietkündigungen

einmal im Wortlaut gelesen hat, der wird – so wie ich – erschüttert sein. Man sollte die Protokolle der Finanzbehörden über die Bestandsaufnahme des Haushaltsraubgutes von umgebrachten Juden lesen. Der Wortlaut des Protokolls der Wannseekonferenz, das jeder im Internet lesen kann, ist in seiner „Sachlichkeit“ nicht zu übertreffen. Es lohnt sich, dieses Protokoll zu lesen, denn dazu gehören ja auch die Namen der hochrangigen Teilnehmer, die alle säuberlich aufgeführt sind, und die Protokollierung der Imbisspause. Einfach pervers! Und wenn ich dann die Gauland-Äußerung über den „Vogelschiss in der deutschen Geschichte“ höre, und in der AfD kommt es zu keinem Aufschrei, dann weiß ich, welch Geistes Kind diese Menschen sind.

Die Historiker müssen nach meiner Auffassung auch auf diese Akten und Unterlagen öffentlich stärker eingehen.

Gerhard Burmester, Lübeck

Der falsche Blick auf das kollektive Trauma

Meine Mutter ist im Februar 1945 mit vielen anderen tausend Menschen aus Schlesien geflohen. Die Stadt Breslau verlor danach ihre deutschsprachige Bevölkerungsmehrheit. Angesiedelt wurden dort in der Folgezeit Menschen aus dem ehemaligen Lemberg, die von dort wiederum zwangsweise und gewaltsam vertreiben worden waren.

Wenn die Präsidenten von Polen und Russland nun, wie zu lesen war, streiten, welches von beiden Ländern durch den Krieg und die deutsche Besatzung damals die höhere Opferzahl zu beklagen hatte, zeigt das einen eklatant falschen Blick auf das kollektive Trauma, das alle von Krieg, Verfolgung, Vernichtung, Flucht und Vertreibung betroffenen Menschen verbindet.

Kein Mensch kann eine echte Vorstellung von einer Million gewinnen. Die Vorstellung dieser Anzahl wird auch durch die Bildung von Analogien nicht wirk-

lich konkreter. Eine Vorstellung von Schicksal und Leid entwickelt jeder Mensch nur durch die direkte und unverstellte Konfrontation mit der Geschichte eines einzelnen Menschen. Erst so werden die Dimensionen der Schmerzen, der Verluste, der anhaltenden Verwundungen erkennbar und nachfühlbar. Durch die aufrichtige Benennung des einen einzigen einzelnen nachvollzogenen menschlichen Schicksals wird die Bedeutung einer nationalen Überhöhung von absoluten Opferzahlen gleichzeitig immer kleiner. Die ehrlich und vollständig erzählte und offen angehörte Geschichte ist die Voraussetzung zur Heilung von Verwundungen und das Gegengift zu trennenden Ressentiments zwischen Nationen.

Man kann sich fragen, ob es ein Zufall ist, dass diejenigen Länder autokratisch regiert werden, in denen bestimmte Geschichten von Menschen offiziell verschwiegen werden müssen. In der Türkei die Geschichte der Armenier, im Gebiet der ehemaligen Sowjetunion die der Opfer des Stalinismus und in Polen vielleicht das persönliche Trauma des Wladislaw Kaczyński, der seinen Bruder verlor.

Dort überall werden Zeichen erkennbar für einen erhöhten Bedarf an der Sammlung aufrichtig erzählter Geschichten und dem Aufdecken verschwiegener Schicksale. Dieses zu tun, würde, wie ich glaube, in diesen Völkern Kräfte zur Gestaltung wichtiger Zukunftsfragen freisetzen und die Möglichkeiten für die Fortentwicklung demokratischer Strukturen verbessern.

Wenn auch in den letzten Tagen lobende Worte für die Entwicklung der deutschen Gesellschaft seit 1945 zu lesen waren, bleibt zu erinnern, dass heute auch bei uns viele Menschen leben, deren Geschichten aus der letzten Diktatur auf deutschem Boden bisher weder erzählt noch gehört wurden.

Peter Hartwig, Ginsheim-Gustavsburg

Diskussion: frblog.de/auschwitz

Angst vor der eigenen Courage

Zu: „ADAC nicht länger gegen Tempolimit“, FR-Wirtschaft vom 25. Januar

Eigentlich hatte ich das Thema Tempolimit abgehakt. Frei nach dem Motto „Wenn du merkst, dass du ein totes Pferd reitest, steige ab“, habe ich eigentlich schon jede Hoffnung aufgegeben, dass unsere Politik hier noch Einsicht zeigen wird. Doch plötzlich ist der ADAC, einer der größten und mit 21 Millionen Mitgliedern wohl mächtigste Verfechter der „Freie-Fahrt-für-freie-Bürger“-Philosophie, nicht mehr grundsätzlich gegen ein Tempolimit. Damit hat der ADAC die hessischen Grünen mit ihrem Chef Al-Wazir ganz schön blamiert. Die Grünen in Hessen haben noch vor wenigen Tagen gemeinsam mit der CDU einen Antrag der Linken für ein generelles Tempolimit von 120

Stundenkilometern abgelehnt. Damit verleugnen sie ihre grünen Ideale und nehmen Abschied von einem Kernbereich ihrer Verkehrspolitik.

Bevor die Grünen in die Koalition mit der CDU eintraten, hatten sie in Hessen, mit Hinweis auf steigende Zahl von Verkehrstoten, Tempo 120 gefordert. Nun, nachdem sie in der Regierung sitzen, ist dies kein Thema mehr. Dieser Gesinnungswandel ist um so weniger zu verstehen, da inzwischen noch die damals nicht im Fokus stehende CO₂-Einsparung eine große Rolle spielt. Auch wenn angeblich durch eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 120 Stundenkilometer nicht die Rieseneinsparungen an CO₂ zu erwarten sind, ist es doch allemal

besser als das Nichts, das Herr Scheuer anbietet.

Die Politik tut sich mit der Einsparung von CO₂ in allen Bereichen schwer. Umso wichtiger ist es, dass jede Gelegenheit genutzt wird, einen Beitrag zur Erreichung des in Paris vereinbarten Klimaziels zu nutzen. Dass die SPD, die das Thema Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen sogar im Koalitionsvertrag stehen hat, sich in Hessen enthielt, zeigt nur, dass sie nach wie vor Angst vor der eigenen Courage hat und von Profil weit entfernt ist. Vielleicht ist das Erwachen des ADAC genau der Impuls, der mein totes Pferd wieder zum Leben erweckt hat? Die Hoffnung stirbt halt doch zuletzt. Dieter Murmann, Dietzenbach